

Familie und Kinder

Zunächst: wir begrüßen die Einrichtung eines **Familientreffs** in Geislingen; wir hatten dies im vergangenen Jahr zum Antrag erhoben. Zuweilen ist Kommunalpolitik eben doch erfolgreich – gut so !

Wir haben in den letzten zwanzig Jahren im Bereich der **Kindergärten** viel erreicht. Angefangen von der Einführung einer sozialen Staffelung der Gebühren, flexiblen Öffnungszeiten, dem Qualitätshandbuch, bis hin zur Schaffung von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren (Krippenplätze) sind wir auch auf einem guten Weg. Mit dem Beschluss zur Errichtung eines Kinderhauses in der Hinteren Siedlung mit dem Ziel, drei Kindergartengruppen zusammenzulegen haben wir in diesem Bereich das Konjunkturprogramm gut genutzt. Nicht zuletzt durch Anträge der SPD-Fraktion konnten Verbesserungen bei der **Gruppengröße** in Brennpunktkindergärten und die Einführung der **Sprachförderung** angestoßen werden. Die Geislinger Kindergärten haben sich auch mit Unterstützung des Integrationsbeauftragten und Mitgliedern des Integrationsrates auf den Weg gemacht, die Situation von Migrantenfamilien und ihren Kindern zu verbessern. Unser Dank gilt hier den engagierten Eltern und vor allem den Erzieherinnen, die trotz widriger Bedingungen am Ball bleiben.



Wir wissen aber auch, dass es in diesem Bereich noch etliche Baustellen gibt:

- Trotz Rückgang der Kinderzahlen gibt es noch Gruppen in denen die genehmigten Belegungszahlen (28 Kinder, einschließlich der Notplätze) immer wieder erreicht und ausgeschöpft werden. Wir wissen, es gibt auch individuelle Gründe dafür, aber **wir sollten dem Rückgang der Kinderzahlen wenigstens diesen positiven Aspekt abgewinnen, dass wir die Gruppengrößen (25 Plätze einschließlich der drei Notplätze) reduzieren.**
- Noch immer haben wir in unseren Einrichtungen noch einen **Fachkräfteschlüssel** von 1,5, obwohl schon längst 1,7 als unterster Standard definiert werden. Dies ist noch ein Punkt aus den **Empfehlungen des Arbeitskreises der Kindergartenträger mit der Kommunalentwicklung aus dem Jahr 2008 und dem AK Brennpunktkindergärten, der noch nicht umgesetzt wurde.** Jetzt kommt uns da der Orientierungsplan zu Hilfe.
- Der **Orientierungsplan**, für Kindergärten von der Landesregierung als absolut verbindlich eingestuft, wurde immer aufgeweicht, je mehr es ans Zahlen ging. Eine abgespeckte Version des Orientierungsplans ist nun Grundlage der Vereinbarung des Landes und der Kommunen. Das Land ist „gnädigerweise“ bereit, zwei Drittel der Kosten, also 133 Millionen Euro, zu tragen. Der Rest entfällt auf die Kommunen. So inhaltlich notwendig die sofortige Umsetzung des Orientierungsplanes ist, so unmöglich ist sie angesichts der aktuellen Finanzsituation, zumal sich an die Vereinbarung halten muss, wer den Anteil von 2/3 der Kosten vom Land erhalten will. Obwohl auch hier das Konnexitätsprinzip verletzt wird, gibt es wenigstens eine Einigung: Danach wird der Personalschlüssel ab September 2010 in drei Jahresstufen verbessert – von heute 1,5 Erzieherstellen pro Kindergartengruppe auf verbindlich 1,8 Stellen im Jahr 2012. Trotz unserer Situation **fordern wir, dass wir uns an diesen Stufenplan halten. Das würde bedeuten, dass ab September 2010 der Fachkräfteschlüssel um jährlich 0,1 steigt.**
- **Elternbeiträge:** man könnte es sich einfach machen und populistisch fordern: Abschaffung der Kindergartengebühren! In dieser komfortablen Situation sind wir – auf jeden Fall in Geislingen – nicht. Indirekt empfiehlt Kämmerer Pawlak, die Elternbeiträge für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu erhöhen. Dass dies nicht Freude bei jenen auslöst, denen die Sozialpolitik am Herzen liegt, ist schnell gesagt. Kindergärten haben sich immer mehr von Betreuungs- und Aufbewahrungsstätten zu **frühkindlichen Bildungseinrichtungen** entwickelt. Wir treten ein für eine gebührenfreie Bildung. Die Elternbeiträge tragen in Geislingen nur 10 – 11% zu den Gebühren bei, allein deshalb scheint uns eine schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit in Kindergärten konsequent und logisch, das müsste sich eine Gesellschaft wie die unsere wohl leisten können, wenn sie es nur will. Andere Bundesländer sind diesen Weg längst gegangen.
Allerdings kann dies eine Kommune wie Geislingen nicht aus eigener Kraft. Und weil es eine Entscheidung zur Bildungspolitik ist, muss es eine Aufgabe des Landes sein. **Wir beantragen: der Gemeinderat der Stadt formuliert einen Antrag an den Städtetag mit dem Ziel: stufenweise Einführung der Gebührenfreiheit für Kindergärten, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr.**

In seinem Entwurf vermerkt Herr Pawlak, dass wir die gesetzlichen Vorgaben zur **Bereitstellung von genügend Plätzen für Kinder** unter drei erfüllen wollen; um ein Überangebot zu vermeiden, muss jedoch der wirkliche Bedarf genau geprüft werden. Sehen wir all das mit etwas Gelassenheit.